Haushalt 2013

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten

und Verbraucherschutz am 22.11.2012

Anlagen zu TOP 7

Kreis Mettmann

Haushaltsplanentwurf 2013

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

	Nr.	Bezeichnung	Ausschuss
Produktbereich	**02 / Sicherheit und Ordnung**		**Kreistag**
Produkt	02.02.02	Personenstands-, Namens- und Staats-angehörigkeitsange-legenheiten	**Ordnungsangelegenheiten u. Verbraucherschutz**

Ziel(e) (Neu):
Steigerung der Einbürgerungen

Leistungsdaten und Kennzahlen (Neu):
800 vollzogene Einbürgerungen

Achtung:
*** Nur, wenn der Teilergebnisplan und der Teilfinanzplan voneinander abweichen, sind die Angaben für den Teilfinanzplan gesondert aufzuführen.**
**** Beim Planansatz (alt) bzw. Ansatz (neu) bitte den Betrag der jeweiligen Zeile des Teilergebnisplanes bzw. Teilfinanzplanes eintragen und nicht der jeweiligen Maßnahme.**

*	☒ Teilergebnisplan	☐ Teilfinanzplan
Seite	422	
Zeile	4	
Investition (Bezeichnung)	----------	
Sperrvermerk	☐ ja ☒ nein	☐ ja ☐ nein

** Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	168.000	188.000	188.000	188.000				
Ansatz (neu)	170.000	190.000	190.000	190.000				
Differenz	2.000	2.000	2.000	2.000				

Antrag:
Durch eine Gebührenermäßigung wird die Einbürgerung für Geringverdiener erleichtert (z.B.: bei Bezug von Wohngeld / Kindergeldzuschlag).

Begründung:
Unter dem Gesichtspunkt des Demografischen Wandels, ist die Steigerung von Einbürgerungen wünschenswert.
Trotz Gebührenermäßigung wegen geringem Einkommen, zur Erleichterungen der Einbürgerungen, kann bei einer Steigerung vollzogener Einbürgerungen der Ansatz für Gebühren leicht erhöht werden.

Haushaltsplanentwurf 2013

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

	Nr.	Bezeichnung	Ausschuss
Produktbereich	**02 / Sicherheit und Ordnung**		**Kreistag**
Produkt	02.03.01	Aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten	**Ordnungsangelegenheiten u. Verbraucherschutz**

Ziel(e) (Neu):

Stärkung der Integration und Aufenthaltsverfestigung durch optimale Beratung.
Abbau der Kettenduldungen.

Leistungsdaten und Kennzahlen (Neu):

Niederlassungserlaubnisse: 3.500

Achtung:
*** Nur, wenn der Teilergebnisplan und der Teilfinanzplan voneinander abweichen, sind die Angaben für den Teilfinanzplan gesondert aufzuführen.**
**** Beim Planansatz (alt) bzw. Ansatz (neu) bitte den Betrag der jeweiligen Zeile des Teilergebnisplanes bzw. Teilfinanzplanes eintragen und nicht der jeweiligen Maßnahme.**

*	☐ Teilergebnisplan	☐ Teilfinanzplan
Seite	438	
Zeile	4	
Investition (Bezeichnung)	----------	
Sperrvermerk	☐ ja ☒ nein	☐ ja ☒ nein

** Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	390.000	390.000	390.000	390.000				
Ansatz (neu)	370.000	370.000	370.000	370.000				
Differenz	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000				

Antrag:
Für Geringverdiener (bei Wohngeld- / Kindergeldzuschlagbezug) wird eine Gebührenermäßigung für Aufenthaltstitel gewährt.

Begründung:
Zur Bewältigung der Herausforderungen durch den Demografischen Wandel ist es notwendig, die Bedingungen für eine erfolgreiche Integration der ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen konsequent durch optimale Beratung und Abbau aufenthaltsrechtlicher Hürden zu fördern. Dazu gehört die Erteilung maximaler Fristen für die Aufenthaltsgewährung und die Anwendung möglicher Gebührenermäßigung bei Geringverdienern (bei Bezug von Wohngeld und Kindergeldzuschlag). Der Abbau der Kettenduldungen

zugunsten von Aufenthaltstiteln, trägt zur Integration bei, fördert die Arbeitsaufnahme und entlastet so letztlich auch die öffentliche Hand als Leistungsträger.

Haushaltsplanentwurf 2013

Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

	Nr.	Bezeichnung	Ausschuss
Produktbereich	**02 / Sicherheit und Ordnung**		**Kreistag**
Produkt	02.03.01	Aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten	**Ordnungsangelegenheiten u. Verbraucherschutz**

Ziel(e) (Neu):

Leistungsdaten und Kennzahlen (Neu):

Achtung:
*** Nur, wenn der Teilergebnisplan und der Teilfinanzplan voneinander abweichen, sind die Angaben für den Teilfinanzplan gesondert aufzuführen.**
**** Beim Planansatz (alt) bzw. Ansatz (neu) bitte den Betrag der jeweiligen Zeile des Teilergebnisplanes bzw. Teilfinanzplanes eintragen und nicht der jeweiligen Maßnahme.**

*	☒ Teilergebnisplan	☒ Teilfinanzplan
Seite	438	440
Zeile	11	10
Investition (Bezeichnung)	----------	
Sperrvermerk	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein

** Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	2.126.100	2.147.300	2.168.900	2.190.700	1.984.500	2.003.900	2.023.700	2.043.700
Ansatz (neu)	2.186.100	2.207.300	2.228.900	2.250.700	2.044.500	2.063.900	2.083.700	2.103.700
Differenz	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000

Antrag:
Die Ausländerbehörde wird zur Erfüllung ihrer Aufgabenerledigung personell besser ausgestattet.
Mehr Personaleinsatz für:
Beratung, Integrationsförderung, zügige Erteilung und Verlängerung von Aufenthalten und Erteilung von Arbeitserlaubnissen.

Begründung:
Die Ausländerbehörde hat einen großen Aufgabenzuwachs zu bewältigen. Mit dem vorhandenen Personal sind wichtige Aufgabenbereiche nur schwer oder zeitverzögert zu bearbeiten. Besonders eine nicht zeitnahe Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und Arbeitserlaubnissen erzeugt auch Kosten.

Haushaltsplanentwurf 2013

Veränderungsantrag der Fraktion UWG-ME

	Nr.	Bezeichnung	Ausschuss
Produktbereich	**02 / Sicherheit und Ordnung**		**Kreistag**
Produkt	02.05.03	Zulassung von Fahrzeugen	**Ordnungsangelegenheiten u. Verbraucherschutz**

Ziel(e) (Neu):

Leistungsdaten und Kennzahlen (Neu):

Aufnahme des Kundengespräches innerhalb von 15 Minuten. Zielerreichungsgrad: 90 %

Achtung:
*** Nur, wenn der Teilergebnisplan und der Teilfinanzplan voneinander abweichen, sind die Angaben für den Teilfinanzplan gesondert aufzuführen.**
**** Beim Planansatz (alt) bzw. Ansatz (neu) bitte den Betrag der jeweiligen Zeile des Teilergebnisplanes bzw. Teilfinanzplanes eintragen und nicht der jeweiligen Maßnahme.**

*	☒ Teilergebnisplan	☐ Teilfinanzplan
Seite	492	
Zeile		
Investition (Bezeichnung)	----------	
Sperrvermerk	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein

** Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)								
Ansatz (neu)								
Differenz								

Begründung:
Die Organisationsform der Zulassungsstelle für Kraftfahrzeuge ist in Mettmann und auch in Langenfeld dahingehend geändert werden, dass von der großen Thekenlösung mit Förderband zu den einzelnen Arbeitsstationen Abstand genommen wurde und eine Schalterlösung installiert wurde, welche es erlaubt, den Kunden grundsätzlich abschließend zu bedienen, ohne dass seine Unterlagen oder er selbst verschiedene Stationen der Kfz-Zulassungsstelle anlaufen muss.
Dies, so war es beabsichtigt, sollte bei allen Geschäftsvorfällen eine Beschleunigung der Bearbeitung bewirken.

Der gesamte Aufenthalt in der Kfz- Zulassungsstelle sollte sich für den Besucher verkürzen und kundenfreundlicher darstellen.
Die Klagen über lange Wartezeiten in der KFZ-Zulassung halten aber an.